

1959	Ausgegeben zu Bonn am 30. Juni 1959	Nr. 23
Tag	Inhalt:	Seite
26. 6. 59	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht	297
26. 6. 59	Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung für das Getreidewirtschaftsjahr 1959/60 sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft (Getreidepreisgesetz 1959/60)	298
26. 6. 59	Zweite Verordnung zur Änderung der Sechsten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz	309
26. 6. 59	Verordnung zur Änderung der Fünften Verordnung zur Änderung von Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Saatgutwesens	310
26. 6. 59	Dritte Verordnung zur Änderung der Pflanzenbeschauverordnung	311
	Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger	312

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht.

Vom 26. Juni 1959.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

In § 14 Abs. 4 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 21. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 662) wird hinter dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

„Die Regelung gilt auch für anhängige Verfahren, bei denen noch keine mündliche Verhandlung oder Beratung der Entscheidung stattgefunden hat.“

Artikel 2

Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 21. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 662) wird wie folgt geändert:

1. in Artikel 2 Abs. 1 wird die Jahreszahl „1959“ durch die Zahl „1963“ ersetzt;

2. Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Als Nachfolger für die im September 1959 wegen Ablaufs ihrer Amtszeit ausscheidenden Richter wird je ein Richter vom Bundestag und vom Bundesrat in jeden der beiden Senate für eine Amtsdauer bis zum 31. August 1963, je ein weiterer Richter in jeden der beiden Senate für eine Amtsdauer bis zum 31. August 1967 gewählt.“;

3. in Artikel 2 Abs. 3 Satz 2 wird die Jahreszahl „1959“ durch die Zahl „1963“ ersetzt.

Artikel 3

Soweit das Grundgesetz für das Land Berlin gilt oder die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts durch ein Gesetz Berlins in Übereinstimmung mit diesem Gesetz begründet wird, findet dieses Gesetz auch auf Berlin Anwendung.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. Juni 1959.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

**Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung
für das Getreidewirtschaftsjahr 1959/60
sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft
(Getreidepreisgesetz 1959/60).**

Vom 26. Juni 1959.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Preise für Brotgetreide

(1) Für Brotgetreide (Roggen, Weizen) inländischer Erzeugung werden für die Monate Juli 1959 bis Juni 1960 die nachstehenden Erzeugerpreise in

Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle. Die Mindestbeträge dürfen nicht unterschritten, die Höchstbeträge nicht überschritten werden. Die Preise sind nach demjenigen Preisgebiet zu errechnen, in dem der Übergabeort oder die Verladestelle liegt.

I. Roggen

Preisgebiet	R I	R II	R III	R IV
Juli	371—391	375—395	377—397	379—399
August	371—391	375—395	377—397	379—399
September	376—394	380—398	382—400	384—402
Oktober	381—400	385—404	387—406	389—408
November	386—403	390—407	392—409	394—411
Dezember	391—406	395—410	397—412	399—414
Januar	396—410	400—414	402—416	404—418
Februar	401—412	405—416	407—418	409—420
März	406—415	410—419	412—421	414—423
April	411—420	415—424	417—426	419—428
Mai	416—425	420—429	422—431	424—433
Juni	416—425	420—429	422—431	424—433

II. Weizen

Preisgebiet	W I	W II	W III	W IV
Juli	411—431	415—435	417—437	419—439
August	411—431	415—435	417—437	419—439
September	416—434	420—438	422—440	424—442
Oktober	421—440	425—444	427—446	429—448
November	426—443	430—447	432—449	434—451
Dezember	431—446	435—450	437—452	439—454
Januar	436—450	440—454	442—456	444—458
Februar	441—452	445—456	447—458	449—460
März	446—455	450—459	452—461	454—463
April	451—460	455—464	457—466	459—468
Mai	456—465	460—469	462—471	464—473
Juni	456—465	460—469	462—471	464—473

(2) Als Weizen im Sinne dieses Gesetzes gilt auch Spelz (Dinkel, Fesen) mit der Maßgabe, daß sich die für Weizen festgesetzten Preise bei gegerbtem Spelz um 10 vom Hundert erhöhen, bei ungegerbtem Spelz um 25 vom Hundert ermäßigen.

(3) Die Preise für Menggetreide und Mischfrucht dürfen die Mindestbeträge nicht unterschreiten und die Höchstbeträge nicht überschreiten, die sich unter Zugrundelegung der Preise des Absatzes 1 nach dem Mischungsverhältnis ergeben.

(4) Die Preisgebieteinteilung ergibt sich aus der Anlage. Sie wird von einer Änderung der Länder oder der staatlichen Verwaltungsbezirke nicht berührt. Zur Vermeidung von Ungleichheiten und Härten, die sich bei der Durchführung ergeben, kann der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates die Preisgebiete durch Rechtsverordnung anderweitig festsetzen.

§ 2

Preise für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste

(1) Für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste inländischer Erzeugung werden die nachstehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle. Die Mindestbeträge dürfen nicht unterschritten, die Höchstbeträge nicht überschritten werden:

Futtergerste	360—400
Industriegerste	375—400
Braugerste	420—450
Futterhafer	310—365
Industriehafer	315—375

(2) Industriegerste ist Gerste, die ein Eigengewicht von mindestens 65 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist. Industriehafer ist Hafer, der ein Eigengewicht von mindestens 51 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist. Braugerste ist Gerste, die insbesondere nach Keimfähigkeit und Eiweißgehalt zur Herstellung von Braumalz geeignet ist. Gerste und Hafer, die diesen Mindestanforderungen nicht entsprechen, gelten als Futtergerste oder Futterhafer.

§ 3

Sicherung der Preise für Getreide

(1) Zur Sicherung der Mindestpreise dieses Gesetzes hat die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel (Einfuhr- und Vorratsstelle) ihr vom Erzeuger angebotenes Getreide, außer Saatgetreide, zum Mindestpreis zu übernehmen, soweit dieser Preis im freien Verkehr nicht erzielt werden kann. Kann dieser Preis in einem Gebiet außerhalb des Erzeugungsgebietes erzielt werden, so kann die Einfuhr- und Vorratsstelle unter Wegfall ihrer Übernahmeverpflichtung einen Beitrag zu den Kosten der Beförderung des Getreides ab Übergabeort oder Verladestelle des Erzeugers und den durch diese Beförderung entstehenden Nebenkosten zahlen, um den Absatz des Getreides zum Mindestpreis zu ermöglichen. Hierzu erläßt der Bundesminister Richtlinien im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Verkehr.

(2) Die Einfuhr- und Vorratsstelle hat Getreide, außer Saatgetreide, an Verarbeiter und Verbraucher zu den in diesem Gesetz festgesetzten Höchstpreisen zuzüglich üblicher Handelspannen abzugeben, wenn eine Versorgung zu diesem Preis im freien Verkehr nicht möglich ist.

(3) Qualitätszu- und -abschläge sind sowohl bei der Aufnahme zu Mindestpreisen als auch bei der Abgabe zu Höchstpreisen zu berücksichtigen.

(4) Im allgemeinen hat die Einfuhr- und Vorratsstelle die Aufgabe, durch Aufnahme oder Abgabe von Getreide inländischer Erzeugung, außer Saatgetreide, durch Vorratshaltung oder Abgabe von

Auslandsgetreide und durch sonstige geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die durch dieses Gesetz festgesetzten Preisgrenzen innegehalten werden.

§ 4

Preise für Saatgetreide

(1) Für anerkanntes Saatgut von Getreide darf der Verbraucherpreis nachstehende Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen (normal)	405	180
Heßdorfer Johannesroggen	405	250
Winterroggen Tetra	405	230
Sommerroggen	405	230
Winterweizen	445	160
Sommerweizen	445	190
Spelz (Dinkel, Fesen)	340	190
Wintergerste, 4zeilig	400	160
Wintergerste, 2zeilig	440	160
Sommergerste	450	160
Weißhafer und Gelbhafer	375	180
Schwarzhafer	375	220

Als anerkanntes Saatgut im Sinne dieses Gesetzes gilt auch mit Erfolg geprüftes Vorstufensaatgut.

(2) Soweit Handelssaatgut oder Behelfssaatgut von Getreide nach dem Saatgutgesetz vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) in Verbindung mit den dazu ergangenen oder noch ergehenden Verordnungen zugelassen wird, darf der Abgabepreis des Herstellers die nachstehenden Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen	405	45
Sommerroggen und Heßdorfer Johannesroggen	405	50
Winterweizen	445	45
Sommerweizen	445	50
Wintergerste, 4zeilig	400	55
Wintergerste, 2zeilig	440	55
Sommergerste	450	45
Weißhafer und Gelbhafer	375	50
Schwarzhafer	375	55

(3) Bei Abgabe in Mengen unter 75 Kilogramm dürfen die Zuschläge des Absatzes 1 höchstens um folgende Kleinmengenzuschläge erhöht werden:

bei Abgabe in Mengen bis 24,9 Kilogramm
3 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 25 bis 49,9 Kilogramm
1,50 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 50 bis 74,9 Kilogramm
0,75 Deutsche Pfennig je Kilogramm.

§ 5

Beschaffenheit des Getreides

(1) Die Preise der §§ 1, 2 und 4 gelten für gesundes, trockenes Getreide von durchschnittlicher Beschaffenheit.

(2) Für Getreide besserer oder geringerer Beschaffenheit können zu diesen Preisen entsprechend der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes des Getreides bis zum Erlaß von Vorschriften nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 Zu- oder Abschläge vereinbart werden.

§ 6

Qualitätsklassen, Zu- und Abschläge

(1) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Bestimmungen treffen über

1. Merkmale der durchschnittlichen, besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides sowie über Art und Zeitpunkt der Feststellung dieser Merkmale,
2. Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide besserer und geringerer Beschaffenheit sowie darüber, daß derartige Zu- und Abschläge vereinbart werden dürfen oder berechnet werden müssen.

(2) Die Zu- und Abschläge dürfen den Wert nicht übersteigen, welcher der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes von Getreide durchschnittlicher Beschaffenheit entspricht.

(3) Für Weizensorten, deren Mahlerzeugnisse besonders gute Backeigenschaften aufweisen, sind Qualitätszuschläge von einer Deutsche Mark oder zwei Deutsche Mark je hundert Kilogramm zu den Preisen des § 1 in den Fällen zu zahlen, in denen die Abnahme dieser Weizensorten durch Anbau- und Lieferverträge zwischen Erzeuger und Käufer gesichert ist. Der Bundesminister trifft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Bestimmungen darüber, für welche Weizensorten die genannten Zuschläge gelten und in welchen Fällen der Zuschlag eine Deutsche Mark oder zwei Deutsche Mark beträgt. Für die Höhe dieser Zuschläge dient als Maßstab der Nutzungswert der betreffenden Weizensorten in bezug auf die Backfähigkeit der aus ihnen hergestellten Mahlerzeugnisse.

(4) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung die in § 4 Abs. 1 geregelten Höchstzuschläge für anerkanntes Saatgut von Gerste erhöhen, wenn und insoweit diese Höchstzuschläge den gemäß Absatz 1 Nr. 2 für Braugerste festgesetzten Zuschlägen nicht mehr entsprechen.

§ 7

Schlußschein, Anbieterspflicht, Auflagen

(1) Zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung kann der Bundesminister

1. durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für jeden Verkauf von Roggen, Weizen oder Gemenge von Roggen und Weizen, von Gerste, Hafer und Futtermenggetreide die Ausstellung eines Schlußscheines durch den Käufer vorschreiben sowie Vorschriften über Form, Inhalt, Auswertung und Verbleib des Schlußscheines erlassen,
2. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates vorschreiben, daß und inwieweit in Verkehr gebrachte Erzeugnisse der in Nummer 1 genannten Art in verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand bestimmten Betrieben oder Stellen zum Kauf anzubieten sind,
3. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der in Nummer 1 genannten Erzeugnisse durch gewerbliche Unternehmen erlassen. Der Bundesminister kann einzelnen gewerblichen Betrieben durch Verfügung Auflagen für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der genannten Erzeugnisse erteilen, sofern eine übergeordnete Regelung erforderlich ist; andernfalls können die Auflagen durch die oberste Landesbehörde erteilt werden.

(2) § 18 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) findet Anwendung.

§ 8

Ausgleichsregelung

(1) Um möglichst weitgehend einen jahreseinheitlichen Preisstand für Mahlerzeugnisse zu erreichen, kann der Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung bestimmen, daß und in welchem Umfang Mühlenbetriebe für Brotgetreide inländischer und ausländischer Erzeugung, das sie in der Handelsmüllerei für eigene oder fremde Rechnung für den inländischen Bedarf

1. in den Monaten Juli 1959 bis November 1959 verarbeiten, Abgaben zu zahlen haben,
2. in den Monaten Februar 1960 bis Juni 1960 verarbeiten, nach Abzug der anteiligen Verwaltungskosten Zuschüsse erhalten.

In einer Rechtsverordnung nach Satz 1 können ferner die Einzelheiten der Entrichtung der Abgaben und der Zahlung der Zuschüsse geregelt werden.

(2) Die Abgaben und Zuschüsse dürfen den Unterschied zwischen dem jeweiligen monatlichen Erzeugerpreis und dem Jahresdurchschnittspreis für Brot-

getreide inländischer Erzeugung des gleichen Preisgebietes nicht überschreiten. Der Errechnung des Unterschiedsbetrages werden die Mindestpreise nach § 1 Abs. 1 zugrunde gelegt.

(3) Die Abgaben sind an die Mühlenstelle zu entrichten. Die Mühlenstelle zahlt nach Abzug der anteiligen Verwaltungskosten die Zuschüsse an den einzelnen Betrieb mit der Maßgabe, daß insgesamt nicht mehr Zuschüsse gezahlt werden, als der Betrieb Abgaben insgesamt entrichtet hat; Zinsen werden nicht gezahlt.

(4) Werden Abgaben nicht rechtzeitig gezahlt, so sind vom Fälligkeitstage ab Säumniszuschläge nach Maßgabe der Vorschriften des Steuersäumnisgesetzes vom 24. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1271) in der jeweils gültigen Fassung zu zahlen.

(5) Der Vorstand der Mühlenstelle untersteht hinsichtlich der aus den Absätzen 1 bis 4 sich ergebenden Aufgaben und Befugnisse den Weisungen des Bundesministers und unterliegt der Prüfung durch den Bundesrechnungshof. § 5 Abs. 4 Satz 2 und 3 sowie § 6 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) finden im Rahmen dieser Vorschrift keine Anwendung.

(6) Überschüsse aus den Abgaben sind für Zwecke der Förderung der Mühlenwirtschaft zu verwenden. Über die Art und Weise ihrer Verwendung entscheidet der Bundesminister.

§ 9

Straf- und Bußgeldvorschrift

(1) Eine Zuwiderhandlung, die nach den Vorschriften des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 geahndet wird, begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Entgelte fordert, verspricht, vereinbart, annimmt oder gewährt, welche die in den §§ 1, 2 oder 4 festgesetzten Mindestpreise unterschreiten oder Höchstpreise übersteigen, oder

2. gegen eine Vorschrift einer auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnung verstößt, sofern die Rechtsverordnung auf diese Straf- und Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund des § 7 Abs. 2 bestehende Auskunftspflicht werden nach § 21 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 geahndet.

§ 10

Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 11

Saarland

Dieses Gesetz sowie die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen gelten im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Saarvertrag) vom 27. Oktober 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1587) an.

§ 12

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1959 in Kraft. Es tritt ebenso wie die auf Grund der §§ 1, 6 und 7 erlassenen Rechtsverordnungen am 30. Juni 1960 außer Kraft; die auf Grund des § 8 erlassenen Rechtsverordnungen treten am 31. Juli 1960 außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. Juni 1959.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Anlage

(zu § 1 Abs. 4)

**Roggen- und Weizenpreisgebiete für Inlandsgetreide
nach Verwaltungsbezirken**

LAND BAYERN			Kötzting	R I	W III
Reg.-Bezirk Oberbayern			Landau a. d. Isar	R I	W III
Stadtkreise			Landshut	R II	W III
Bad Reichenhall	R IV	W IV	Mainburg	R II	W III
Freising	R II	W III	Mallersdorf	R II	W III
Ingolstadt	R II	W III	Passau	R I	W III
Landsberg	R IV	W IV	Pfarrkirchen	R I	W III
München	R IV	W IV	Regen	R I	W III
Rosenheim	R IV	W IV	Rottenburg	R II	W III
Traunstein	R IV	W IV	Straubing	R I	W III
			Viechtach	R I	W III
			Vilsbiburg	R II	W III
			Vilshofen	R I	W III
			Wegscheid	R I	W III
			Wolfstein	R I	W III
Landkreise			Reg.-Bezirk Oberpfalz		
Aichach	R IV	W III	Stadtkreise		
Altötting	R IV	W III	Amberg	R I	W IV
Bad Aibling	R IV	W IV	Neumarkt/Opf.	R I	W III
Bad Tölz	R IV	W IV	Regensburg	R I	W III
Berchtesgaden	R IV	W IV	Schwandorf/Bayern	R I	W III
Dachau	R IV	W IV	Weiden	R I	W IV
Ebersberg	R II	W IV	Landkreise		
Erding	R II	W III	Amberg	R I	W IV
Freising	R II	W III	Beilngries	R I	W III
Fürstenfeldbruck	R IV	W IV	Burglengenfeld	R I	W III
Garmisch-Partenkirchen	R IV	W IV	Cham	R I	W III
Ingolstadt	R II	W III	Eschenbach/Opf.	R I	W IV
Landsberg	R IV	W IV	Kemnath	R I	W IV
Laufen	R IV	W IV	Nabburg	R I	W IV
Miesbach	R IV	W IV	Neumarkt/Opf.	R I	W III
Mühldorf	R II	W III	Neunburg vorm Wald	R I	W III
München	R IV	W IV	Neustadt a. d. Waldnaab	R I	W IV
Pfaffenhofen a. d. Ilm	R II	W III	Oberviechtach	R I	W IV
Rosenheim	R IV	W IV	Parsberg	R I	W III
Schongau	R IV	W IV	Regensburg	R I	W III
Schrobenhausen	R II	W III	Riedenburg	R I	W III
Starnberg	R IV	W IV	Roding	R I	W III
Traunstein	R IV	W IV	Sulzbach-Rosenberg	R I	W IV
Wasserburg am Inn	R II	W III	Tirschenreuth	R I	W IV
Weilheim	R IV	W IV	Vohenstrauß	R I	W IV
Wolfratshausen	R IV	W IV	Waldmünchen	R I	W III
Reg.-Bezirk Niederbayern			Reg.-Bezirk Oberfranken		
Stadtkreise			Stadtkreise		
Deggendorf	R I	W III	Bamberg	R II	W IV
Landshut	R II	W III	Bayreuth	R I	W IV
Passau	R I	W III	Coburg	R I	W IV
Straubing	R I	W III	Forchheim	R II	W IV
			Hof	R I	W IV
			Kulmbach	R I	W IV
			Marktredwitz	R I	W IV
			Neustadt bei Coburg	R I	W IV
			Selb	R I	W IV
Landkreise					
Bogen	R I	W III			
Deggendorf	R I	W III			
Dingolfing	R II	W III			
Eggenfelden	R I	W III			
Grafenau	R I	W III			
Griesbach	R I	W III			
Kelheim	R II	W III			

Landkreise

Bamberg	R II	W IV
Bayreuth	R I	W IV
Coburg	R I	W IV
Ebermannstadt	R II	W IV
Forchheim	R II	W IV
Höchstadt a. d. Aisch	R II	W IV
Hof	R I	W IV
Kronach	R I	W IV
Kulmbach	R I	W IV
Lichtenfels	R I	W IV
Münchberg	R I	W IV
Naila	R I	W IV
Pegnitz	R I	W IV
Rehau	R I	W IV
Stadtsteinach	R I	W IV
Staffelstein	R I	W IV
Wunsiedel	R I	W IV

Reg.-Bezirk Mittelfranken

Stadtkreise

Ansbach	R II	W IV
Eichstätt	R I	W IV
Erlangen	R II	W IV
Fürth	R II	W IV
Nürnberg	R II	W IV
Rothenburg o. d. Tauber	R II	W IV
Schwabach	R I	W IV
Weißenburg/Bayern	R I	W IV

Landkreise

Ansbach	R II	W IV
Dinkelsbühl	R II	W IV
Eichstätt	R I	W IV
Erlangen	R II	W IV
Feuchtwangen	R II	W IV
Fürth	R II	W IV
Gunzenhausen	R II	W IV
Hersbruck	R II	W IV
Hilpoltstein	R I	W IV
Lauf a. d. Pegnitz	R II	W IV
Neustadt a. d. Aisch	R II	W IV
Nürnberg	R II	W IV
Rothenburg o. d. Tauber	R II	W IV
Scheinfeld	R II	W IV
Schwabach	R I	W IV
Uffenheim	R II	W IV
Weißenburg/Bayern	R I	W IV

Reg.-Bezirk Unterfranken

Stadtkreise

Aschaffenburg	R II	W IV
Bad Kissingen	R I	W IV
Kitzingen	R II	W IV
Schweinfurt	R II	W IV
Würzburg	R II	W IV

Landkreise

Alzenau i. Unterfranken	R II	W IV
Aschaffenburg	R II	W IV
Bad Kissingen	R I	W IV
Bad Neustadt a. d. Saale	R I	W IV
Brückenau	R I	W IV

Ebern	R I	W IV
Gemünden	R II	W IV
Gerolzhofen	R II	W IV
Hammelburg	R II	W IV
Haßfurt	R II	W IV
Hofheim i. Unterfranken	R I	W IV
Karlstadt	R II	W IV
Kitzingen	R II	W IV
Königshofen i. Grabfeld	R I	W IV
Lohr	R II	W IV
Marktheidenfeld	R II	W IV
Mellrichstadt	R I	W IV
Miltenberg	R II	W IV
Obernburg	R II	W IV
Ochsenfurth	R II	W IV
Schweinfurt	R II	W IV
Würzburg	R II	W IV

Reg.-Bezirk Schwaben

Stadtkreise

Augsburg	R IV	W IV
Dillingen a. d. Donau	R IV	W III
Günzburg	R IV	W IV
Kaufbeuren	R IV	W IV
Kempten/Allgäu	R IV	W IV
Memmingen	R IV	W IV
Neuburg a. d. Donau	R IV	W IV
Neu-Ulm	R IV	W IV
Nördlingen	R IV	W IV

Landkreise

Augsburg	R IV	W IV
Dillingen a. d. Donau	R IV	W III
Donauwörth	R IV	W IV
Friedberg	R IV	W IV
Füssen	R IV	W IV
Günzburg	R IV	W IV
Illertissen	R IV	W IV
Kaufbeuren	R IV	W IV
Kempten/Allgäu	R IV	W IV
Krumbach/Schwaben	R IV	W IV
Lindau	R IV	W IV
Markt Oberdorf	R IV	W IV
Memmingen	R IV	W IV
Mindelheim	R IV	W IV
Neuburg a. d. Donau	R IV	W IV
Neu-Ulm	R IV	W IV
Nördlingen	R IV	W IV
Schwabmünchen	R IV	W IV
Sonthofen	R IV	W IV
Wertingen	R IV	W III

LAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Reg.-Bezirk Nord-Württemberg

Stadtkreise

Stuttgart	R IV	W IV
Heilbronn	R IV	W IV
Ulm	R IV	W IV

Landkreise

Aalen	R IV	W IV
Backnang	R IV	W IV

Böblingen	R IV	W IV
Crailsheim	R IV	W IV
Eßlingen	R IV	W IV
Göppingen	R IV	W IV
Heidenheim	R IV	W IV
Heilbronn	R IV	W IV
Künzelsau	R IV	W IV
Leonberg	R IV	W IV
Ludwigsburg	R IV	W IV
Mergentheim	R IV	W IV
Nürtingen	R IV	W IV
Ohringen	R IV	W IV
Schwäbisch Gmünd	R IV	W IV
Schwäbisch Hall	R IV	W IV
Ulm	R IV	W IV
Vaihingen	R IV	W IV
Waiblingen	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Nord-Baden

Stadtkreise

Karlsruhe	R IV	W IV
Heidelberg	R IV	W IV
Mannheim	R IV	W IV
Pforzheim	R IV	W IV

Landkreise

Bruchsal	R IV	W IV
Buchen	R IV	W IV
Heidelberg	R IV	W IV
Karlsruhe	R IV	W IV
Mannheim	R IV	W IV
Mosbach	R IV	W IV
Pforzheim	R IV	W IV
Sinsheim	R IV	W IV
Tauberbischofsheim	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Süd-Baden

Stadtkreise

Baden-Baden	R IV	W IV
Freiburg	R IV	W IV
Konstanz	R IV	W IV

Landkreise

Bühl	R IV	W IV
Donaueschingen	R IV	W IV
Emmendingen	R IV	W IV
Freiburg	R IV	W IV
Kehl	R IV	W IV
Konstanz	R IV	W IV
Lahr	R IV	W IV
Lörrach	R IV	W IV
Müllheim	R IV	W IV
Neustadt	R IV	W IV
Offenburg	R IV	W IV
Rastatt	R IV	W IV
Säckingen	R IV	W IV
Stockach	R IV	W IV
Überlingen	R IV	W IV
Villingen	R IV	W IV
Waldshut	R IV	W IV
Wolfach	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Süd-Württemberg-Hohenzollern

Landkreise

Balingen	R IV	W IV
Biberach	R IV	W IV
Calw	R IV	W IV
Ehingen	R IV	W IV
Freudenstadt	R IV	W IV
Hechingen	R IV	W IV
Horb	R IV	W IV
Münsingen	R IV	W IV
Ravensburg	R IV	W IV
Reutlingen	R IV	W IV
Rottweil	R IV	W IV
Saulgau	R IV	W IV
Sigmaringen	R IV	W IV
Tettngang	R IV	W IV
Tübingen	R IV	W IV
Tuttlingen	R IV	W IV
Wangen	R IV	W IV

LAND HESSEN

Reg.-Bezirk Darmstadt

Stadtkreise

Darmstadt	R IV	W IV
Gießen	R II	W II
Offenbach	R IV	W IV

Landkreise

Alsfeld	R I	W II
Bergstraße	R IV	W IV
Büdingen	R II	W II
Darmstadt	R IV	W IV
Dieburg	R IV	W IV
Erbach	R IV	W IV
Friedberg	R II	W II
Gießen	R II	W II
Groß-Gerau	R IV	W IV
Lauterbach	R I	W II
Offenbach	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Kassel

Stadtkreise

Fulda	R I	W II
Kassel	R I	W I
Marburg	R I	W II

Landkreise

Eschwege	R I	W I
Frankenberg	R I	W I
Fritzlar-Homberg	R I	W I
Fulda	R I	W II
Hersfeld	R I	W II
Hofgeismar	R I	W I
Hünfeld	R I	W II
Kassel	R I	W I
Marburg	R I	W II
Melsungen	R I	W I
Rotenburg	R I	W I
Waldeck	R I	W I

Witzenhausen	R I	W I
Wolfhagen	R I	W I
Ziegenhain	R I	W II

Reg.-Bezirk Wiesbaden

Stadtkreise		
Frankfurt (Main)	R IV	W IV
Hanau	R IV	W IV
Wiesbaden	R IV	W IV
Landkreise		
Biedenkopf	R II	W II
Dillkreis	R II	W III
Gelnhausen	R II	W IV
Hanau	R IV	W IV
Limburg	R II	W II
Main-Taunus-Kreis	R IV	W IV
Oberlahnkreis	R II	W II
Obertaunuskreis	R IV	W IV
Rheingaukreis	R IV	W IV
Schlüchtern	R II	W IV
Untertaunuskreis	R IV	W IV
Usingen	R II	W II
Wetzlar	R II	W II

LAND RHEINLAND-PFALZ

Reg.-Bezirk Koblenz

Stadtkreis		
Koblenz	R II	W III
Landkreise		
Ahrweiler	R II	W III
Altenkirchen	R IV	W IV
Birkenfeld	R IV	W IV
Cochem	R II	W III
Koblenz	R II	W III
Kreuznach	R IV	W IV
Mayen	R II	W III
Neuwied	R II	W III
St. Goar	R II	W III
Simmern	R II	W III
Zell	R II	W III

Reg.-Bezirk Trier

Stadtkreis		
Trier	R IV	W IV
Landkreise		
Bernkastel	R II	W III
Bitburg	R II	W III
Daun	R II	W III
Prüm	R II	W III
Saarburg	R IV	W IV
Trier	R IV	W IV
Wittlich	R II	W III

Reg.-Bezirk Montabaur

Landkreise		
Oberwesterwaldkreis	R II	W III
St. Goarshausen	R II	W III

Unterlahnkreis	R II	W III
Unterwesterwaldkreis	R II	W III

Reg.-Bezirk Rheinhessen

Stadtkreise		
Mainz	R IV	W IV
Worms	R IV	W IV
Landkreise		
Alzey	R IV	W IV
Bingen	R IV	W IV
Mainz	R IV	W IV
Worms	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Pfalz

Stadtkreise		
Frankenthal	R IV	W IV
Kaiserslautern	R IV	W IV
Landau	R IV	W IV
Ludwigshafen	R IV	W IV
Neustadt	R IV	W IV
Pirmasens	R IV	W IV
Speyer	R IV	W IV
Zweibrücken	R IV	W IV

Landkreise

Bergzabern	R IV	W IV
Frankenthal	R IV	W IV
Germersheim	R IV	W IV
Kaiserslautern	R IV	W IV
Kirchheimbolanden	R IV	W IV
Kusel	R IV	W IV
Landau	R IV	W IV
Ludwigshafen	R IV	W IV
Neustadt	R IV	W IV
Pirmasens	R IV	W IV
Rockenhausen	R IV	W IV
Speyer	R IV	W IV
Zweibrücken	R IV	W IV

LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Reg.-Bezirk Düsseldorf

Stadtkreise		
Düsseldorf	R IV	W IV
Duisburg	R IV	W IV
Essen	R IV	W IV
Krefeld	R IV	W IV
Leverkusen	R IV	W IV
Mülheim-Ruhr	R IV	W IV
Mönchen Gladbach	R IV	W IV
Neuß	R IV	W IV
Oberhausen	R IV	W IV
Remscheid	R IV	W IV
Rheydt	R IV	W IV
Solingen	R IV	W IV
Viersen	R IV	W IV
Wuppertal	R IV	W IV

Landkreise

Dinslaken	R IV	W IV
Düsseldorf-Mettmann	R IV	W IV

Geldern	R IV	W IV
Grevenbroich	R IV	W IV
Kempen-Krefeld	R IV	W IV
Kleve	R IV	W IV
Moers	R IV	W IV
Rees	R IV	W IV
Rhein-Wupper-Kreis	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Köln

Stadtkreise

Bonn	R IV	W IV
Köln	R IV	W IV

Landkreise

Bergheim/Erft	R IV	W IV
Bonn	R IV	W IV
Euskirchen	R IV	W IV
Köln	R IV	W IV
Oberbergischer Kreis	R IV	W IV
Rheinisch-Bergischer Kreis	R IV	W IV
Siegkreis	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Aachen

Stadtkreis

Aachen	R II	W IV
--------	------	------

Landkreise

Aachen	R II	W IV
Düren	R II	W IV
Erkelenz	R II	W IV
Geilenkirchen-Heinsberg	R II	W IV
Jülich	R II	W IV
Monschau	R II	W IV
Schleiden	R II	W IV

Reg.-Bezirk Münster

Stadtkreise

Bocholt	R II	W IV
Bottrop	R IV	W IV
Gelsenkirchen	R IV	W IV
Gladbeck	R IV	W IV
Münster	R II	W IV
Recklinghausen	R IV	W IV

Landkreise

Ahaus	R II	W IV
Beckum	R II	W II
Borken	R II	W IV
Coesfeld	R II	W IV
Lüdinghausen	R II	W IV
Münster	R II	W IV
Recklinghausen	R IV	W IV
Steinfurt	R II	W IV
Tecklenburg	R II	W IV
Warendorf	R II	W II

Reg.-Bezirk Detmold

Stadtkreise

Bielefeld	R II	W II
Herford	R II	W II

Landkreise

Bielefeld	R II	W II
Büren	R I	W I
Detmold	R II	W I
Halle	R II	W II
Herford	R II	W II
Höxter	R I	W I
Lemgo	R II	W I
Lübbecke	R II	W II
Minden	R II	W I
Paderborn	R I	W I
Warburg	R I	W I
Wiedenbrück	R I	W I

Reg.-Bezirk Arnsberg

Stadtkreise

Bochum	R IV	W IV
Castrop-Rauxel	R IV	W IV
Dortmund	R IV	W IV
Hagen	R IV	W IV
Hamm	R II	W II
Herne	R IV	W IV
Iserlohn	R II	W II
Lüdenscheid	R II	W II
Lünen	R IV	W IV
Siegen	R IV	W II
Wanne-Eickel	R IV	W IV
Wattenscheid	R IV	W IV
Witten	R IV	W IV

Landkreise

Altena	R II	W II
Arnsberg	R II	W II
Brilon	R I	W I
Ennepe-Ruhr-Kreis	R IV	W IV
Iserlohn	R II	W II
Lippstadt	R I	W I
Meschede	R I	W I
Olpe	R II	W II
Siegen	R IV	W II
Soest	R II	W II
Unna	R II	W II
Wittgenstein	R II	W I

LAND NIEDERSACHSEN

Reg.-Bezirk Hannover

Kreisfreie Städte

Hameln	R II	W I
Hannover	R II	W I

Landkreise

Grafschaft Diepholz	R I	W III
Grafschaft Hoya	R I	W III
Grafschaft Schaumburg	R II	W I
Hameln-Pyrmont	R II	W I
Hannover	R II	W I
Neustadt a. Rbge.	R I	W I
Nienburg/Weser	R I	W III
Schaumburg-Lippe	R II	W I
Springe	R II	W I

Selbständige Städte

Bad Pyrmont	R II	W I
Nienburg/Weser	R I	W III

Reg.-Bezirk Hildesheim

Kreisfreie Städte

Göttingen	R I	W I
Hildesheim	R II	W I

Landkreise

Alfeld	R II	W I
Duderstadt	R I	W I
Einbeck	R II	W I
Göttingen	R I	W I
Hildesheim-Marienburg	R II	W I
Holzminden	R II	W I
Münden	R I	W I
Northeim	R II	W I
Osterode/Harz	R II	W I
Peine	R II	W I
Zellerfeld	R II	W I

Selbständige Städte

Holzminden	R II	W I
Münden	R I	W I
Peine	R II	W I

Reg.-Bezirk Lüneburg

Kreisfreie Städte

Celle	R I	W II
Lüneburg	R II	W II
Wolfsburg	R I	W II

Landkreise

Burgdorf	R I	W I
Celle	R I	W II
Fallingb.ostel	R I	W III
Gilhorn	R I	W II
Harburg	R II	W II
Lüchow-Dannenberg	R I	W II
Lüneburg	R II	W II
Soltau	R I	W II
Uelzen	R I	W II

Selbständige Städte

Lehrte	R I	W I
Uelzen	R I	W II

Reg.-Bezirk Stade

Kreisfreie Stadt

Cuxhaven	R II	W II
----------	------	------

Landkreise

Bremervörde	R II	W III
Land Hadeln	R II	W II
Osterholz	R II	W III
Rotenburg/Hann.	R II	W III
Stade	R II	W II
Verden	R II	W III
Wesermünde	R II	W III

Selbständige Städte

Stade	R II	W II
Verden	R II	W III

Reg.-Bezirk Osnabrück

Kreisfreie Stadt

Osnabrück	R II	W II
-----------	------	------

Landkreise

Aschendorf/Hümmling	R II	W III
Bersenbrück	R II	W III
Grafschaft Bentheim	R II	W III
Lingen	R II	W III
Melle	R II	W II
Meppen	R II	W III
Osnabrück	R II	W II
Wittlage	R II	W II

Selbständige Städte

Lingen	R II	W III
Nordhorn	R II	W III

Reg.-Bezirk Aurich

Kreisfreie Stadt

Emden	R II	W II
-------	------	------

Landkreise

Aurich (Ostfriesland)	R II	W II
Leer	R II	W II
Norden	R II	W II
Wittmund	R II	W II

Selbständige Städte

Leer	R II	W II
Norden	R II	W II

Verw.-Bezirk Braunschweig

Kreisfreie Städte

Braunschweig	R II	W I
Goslar	R II	W I
Salzgitter	R II	W I

Landkreise

Blankenburg	R II	W I
Braunschweig	R II	W I
Gandersheim	R II	W I
Goslar	R II	W I
Helmstedt	R I	W I
Wolfenbüttel	R II	W I

Selbständige Städte

Helmstedt	R I	W I
Wolfenbüttel	R II	W I

Verw.-Bezirk Oldenburg

Kreisfreie Städte

Delmenhorst	R II	W III
Oldenburg/O.	R II	W III
Wilhelmshaven	R II	W II

Landkreise			Steinburg	R II	W II
Ammerland	R II	W II	Stormarn	R II	W II
Cloppenburg	R II	W III	Süderdithmarschen	R II	W II
Friesland	R II	W II	Südtondern	R II	W II
Oldenburg/O.	R II	W III			
Vechta	R II	W III	LAND HAMBURG	R III	W III
Wesermarsch	R II	W II			
Selbständige Stadt					
Nordenham	R II	W II	LAND BREMEN		
			Stadtkreise		
LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN			Bremen	R III	W III
			Bremerhaven	R II	W II
Stadtkreise					
Flensburg	R II	W II	LAND BERLIN		
Kiel	R II	W III	(Westsektor)	R II	W II
Lübeck	R II	W III			
Neumünster	R II	W II			
Landkreise			SAARLAND		
Eckernförde	R II	W II	Stadtkreis		
Eiderstedt	R II	W II	Saarbrücken	R IV	W IV
Eutin	R II	W II			
Flensburg	R II	W II	Landkreise		
Herzogtum Lauenburg	R II	W II	Homburg	R IV	W IV
Husum	R II	W II	Merzig/Wadern	R IV	W IV
Norderdithmarschen	R II	W II	Ottweiler	R IV	W IV
Oldenburg	R II	W II	Saarbrücken	R IV	W IV
Pinneberg	R II	W II	Saarlouis	R IV	W IV
Plön	R II	W II	St. Ingbert	R IV	W IV
Rendsburg	R II	W II	St. Wendel	R IV	W IV
Schleswig	R II	W II			
Segeberg	R II	W II			

**Zweite Verordnung zur Änderung
der Sechsten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz.**

Vom 26. Juni 1959.

Auf Grund des § 17 Abs. 2 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

§ 4 Abs. 2 der Sechsten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz: Meldepflichten vom 9. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 415) in der Fassung der Verordnung zur Änderung der Sechsten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 29. November 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 744) erhält folgende Fassung:

„(2) Mahlmühlen, die Brotgetreide nur in der Lohn- und Umtauschmüllerei für Selbstversorger verarbeiten, haben die Meldungen vierteljährlich bis zum 5. Tage des auf das Berichtsvierteljahr folgenden Monats zu erstatten.“

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 24 des Getreidegesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1959 in Kraft.

Bonn, den 26. Juni 1959.

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

**Verordnung zur Änderung
der Fünften Verordnung zur Änderung
von Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Saatgutwesens.**

Vom 26. Juni 1959.

Auf Grund des § 42 Abs. 1, des § 51 Abs. 1 Satz 2 und des § 52 Abs. 1 Satz 2 des Saatgutgesetzes vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Fünfte Verordnung zur Änderung von Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Saatgutwesens vom 4. März 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 81) wird wie folgt geändert:

In Artikel 2 Nr. 9 Buchstabe e werden unter Ziffer III Nr. 1 Satz 3 und in Artikel 3 Nr. 4 Buchstabe d unter Ziffer II Nr. 1 Satz 3 jeweils die Worte „und bei latentem Befall durch das X-Virus“ durch die Worte „sowie bei latentem Befall durch das X-Virus, ausgenommen bei der Sorte Erstling,“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 71 des Saatgutgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1959 in Kraft.

Bonn, den 26. Juni 1959.

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Pflanzenbeschauverordnung.**

Vom 26. Juni 1959.

Auf Grund des § 3 Nr. 1 des Gesetzes zum Schutze der Kulturpflanzen in der Fassung vom 26. August 1949 (Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 308) und des § 1 Nr. 2 der Zweiten Verordnung über die Erstreckung von Landwirtschaftsrecht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau vom 12. Mai 1950 (Bundesgesetzbl. S. 180) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Anlage 9 zur Pflanzenbeschauverordnung vom 23. August 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1258), zuletzt geändert durch die Zweite Verordnung zur Änderung der Pflanzenbeschauverordnung vom 20. Februar 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 38), wird wie folgt geändert:

1. Die Nummern 25, 124, 155 und 161 werden gestrichen.
2. Nummer 140 erhält folgende Fassung:
„140. ZA Saarbrücken — Goldene Bremm“.
3. Hinter den Nummern 5, 45, 55, 123, 135, 140 und 152 werden jeweils folgende neue Nummern 5 a, 45 a, 55 a und b, 123 a, 135 a, 140 a, b und c sowie 152 a eingefügt:
„5 a. Deutsch. ZA Apach
45 a. Deutsch. ZA Forbach
55 a. ZA Güdingen — Schönbach
55 b. ZA Habkirchen
123 a. ZA Nennig
135 a. ZA Perl — Obermoselstraße
140 a. ZA Saarbrücken — Hauptgüterbahnhof
140 b. ZZ Saarbrücken — Hauptpost nur für Postverkehr
140 c. Deutsch. ZA Saargemünd
152 a. ZA Überherrn — Landstraße“.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit der Verordnung über die Erstreckung von Recht der Land- und Forstwirtschaft auf das Gebiet des Landes Berlin vom 25. März 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 64) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt mit dem Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Saarvertrages vom 27. Oktober 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1587) in Kraft.

Bonn, den 26. Juni 1959.

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Verkündungen im Bundesanzeiger.

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Bundesanzeiger Nr. vom	Tag des Inkraft- tretens
Verordnung Nr. 10/59 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt. Vom 8. Juni 1959.	111 13. 6. 59	Inkrafttreten gemäß § 4
Fünfte Verordnung zur Durchführung des Mühlengesetzes. Vom 19. Juni 1959.	115 20. 6. 59	21. 6. 59
Verordnung Nr. 11/59 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt. Vom 12. Juni 1959.	115 20. 6. 59	Inkrafttreten gemäß § 4
Vierte Verordnung über die Höchstzahlen der Kraftfahrzeuge des Güterfernverkehrs und der Fahrzeuge des Möbelfernverkehrs. Vom 16. Juni 1959.	116 23. 6. 59	24. 6. 59

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger-Verlags-GmbH., Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei Bonn
 Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen, Teil I und Teil II
 Laufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I und Teil II je DM 5,— zuzüglich Zustellgebühr.
 Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“
 Köln 399 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.
 Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühr DM 0,10